

Es ist jedoch sicher, daß im Einigungsvertrag mit besonderer Ausgiebigkeit auf die Investition hingewiesen worden ist und vor allen Dingen auch auf die Notwendigkeit der Investitionen.

Wir haben auch eine Studie eingeleitet, die uns Informationen über die Möglichkeiten der Krankenhausbedarfsplanung, Krankenhausbedarfsfeststellung geben soll.

Diese Studie liegt im einzelnen jetzt vor. Ich hatte darüber auch schon im Ausschuß kurz informiert.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Minister!
Da wir zeitlich etwas begrenzt sind, würde ich Sie bitten,
sich etwas kürzer zu fassen.)

Danke. Ich fasse mich kurz. Sie erwähnten die Krankenkassen, daß dort ein Defizit vorhanden ist. Wir haben seit April/Mai auf die Möglichkeit eines Defizits hingewiesen, hatten damals auf die Notwendigkeit für einen Staatszuschuß hingewiesen. Das wurde im Einvernehmen zwischen den beiden zuständigen Finanzministerien nicht gestattet. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die Finanzierung für die Krankenkassen im zweiten Halbjahr kompliziert ist, und zwar durch Steigerung der Kosten - zum Beispiel Preiserhöhung einschließlich Mehrwertsteuer für Arzneimittel, Preiserhöhung für feste Brennstoffe, Wärmeenergie, Abwasser, Elektroenergie, SV-Beiträge, Erhöhung der Gebühren der Deutschen Post, Verpflegungsleistungen, Erhöhung von Stipendien, Erhöhung der Preise bei Importerzeugnissen, Verteuerung der Erzeugnisse im Sinne der Mehrwertsteuer.

Es ist einzuschätzen, daß im Zusammenhang mit den Abführungen durch die Betriebe während der Währungsumstellung Beitragsverkürzungen auftraten, mangelnde Effizienz beim Einzugsverfahren der Finanzämter und mangelnde Bereitschaft der Betriebe. Die Pflegekostensätze mußten damit auch neu berechnet werden. Es sind auch Leistungen eingetreten bzw. Erhöhungen der Ausgaben um etwa 247 Mio DM Lohnmaßnahmen im Orthopädiehandwerk. Dazu, um das noch kurz fortzusetzen, für Lohnmaßnahmen, Steigerung für Preisentwicklung auf Grund von Subventionsabbau.

Was die Pharmakologie anbetrifft, so möchte ich erklären, daß wir im März im Vergleich zum ersten Quartal 1989 nur 3,6 % mehr gebraucht haben, im Mai 3,8 %, und die Rechnung vom Juli besagt etwa 10 % plus 14 % Mehrwertsteuer. Und es ist auch so, daß einige wesentliche Medikamente andere Preise erhalten haben. Nach Aussagen von Berlin-Chemie AG vom 29.8. beträgt der Gesamtwert zu neuen Preisen der in den Monaten Juli und August im Inland abgesetzten Arzneimittelmengen nur 89 % der vergleichsweise zu alten Preisen berechneten gleichen Arzneimittelmengen. Als Beispiel: Berlocomin alter Preis 28 DM, jetzt nur noch 5,67 DM. Die in der Presse geisternen Zahlen sind noch sehr differenziert zu sehen, und wir müssen das weiter sehr subtil beobachten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte das abkürzen. Sie sehen, Herr Donaubauer, daß Sie doch mit Ihren Äußerungen nicht recht haben und ich Ihnen detailliert für alles eine Beweisführung bzw. eine Untersetzung sagen kann. Es gibt natürlich noch Probleme, es wäre auch falsch, sie wegzuleugnen. Das wissen wir selbst. Aber wir müssen natürlich auch sehr sachlich an die Gesamtsituation herangehen, und es ist natürlich auch von allen Partnern letztlich mit Umsicht und im Einvernehmen und auch mit Engagement diese Lösung zu meistern. Sie wissen, das Gesundheitswesen hat eine Misere, aber es ist auf keinen Fall so, wie Sie es geschildert haben. Das lehne ich ab.

Ich möchte jetzt keinen Ausblick geben auf das Gesundheitswesen im geeinten Deutschland - aus Zeitgründen. Ich habe hier ganz konkrete Vorstellungen, und ich glaube, die können wir auch im Gesundheitsausschuß noch diskutieren, und ich werde sie auch mit veröffentlichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Minister. - Hier war ein Geschäftsordnungsantrag. Ja, bitte.

Abgeordneter der SPD-Fraktion:

Ich bitte angesichts der Brisanz der Fragen - eigentlich noch mehr der Antworten -, das Haus darüber abstimmen zu lassen, ob das aus Zeitgründen ausgesprochene Frageverbot aufrechterhalten wird.

(Beifall, vor allem bei der SPD und der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Das Frageverbot war kein Verbot, sondern eine Empfehlung des Präsidiums. Sie können z. B. jetzt in jedem Diskussionsbeitrag, den jede Fraktion noch hat, dazu Stellung nehmen, und die SPD hat das Recht, laut § 28 dann auch noch kurz zum Schluß das Wort zu nehmen. Wenn Sie davon Gebrauch machen wollen, dann sagen Sie es mir bitte.

Ich bitte jetzt als nächsten Redner von der Fraktion der PDS die Abgeordnete Schönebeck, das Wort zu nehmen.

Frau Dr. Schönebeck (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als Mitglied der PDS-Fraktion fällt es mir etwas schwer, Herrn Donaubauer zuzustimmen, weil ich weiß, es könnte möglicherweise der SPD schaden. Das ist ja hier immer so eine Sache. Aber als Vorsitzende des Ausschusses sei mir gestattet, ihm in allen Punkten Recht zu geben.

(Beifall, vor allem bei der PDS und SPD)

Unter den vielen Briefen, die ich erhalten habe, die leider überhaupt nicht einbezogen waren in die vielen, vielen Abstimmungsrunden, die der Minister für Gesundheitswesen vornehmlich durchgeführt hat, sind unter anderem: Die Gewerkschaft Gesundheitswesen, die Gewerkschaft ÖTV, der Verband der angestellten Ärzte, der Verband der Polikliniken e. V., der Virchow-Bund, der Marburger Bund, und diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Und, Herr Minister, ich denke schon, daß Ihr leidenschaftlicher Kampf für die Polikliniken, der durch die Presse so lange behindert worden ist, nur kurzzeitig unterbrochen war durch eine Krankenkassenvertragsordnung, die das Licht der Welt erblickte, und ich nehmedochan, aus Ihrem Ministerium. Dort war nämlich nicht nur die zeitliche Begrenzung auf fünf Jahre vorgesehen, sondern gleichzeitig auch die personelle Austrocknung der Polikliniken. Das muß doch mal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall, vor allem bei der PDS und der SPD)

Was noch vor einem halben Jahr völlig undenkbar schien, ist jetzt zur realen Gefahr geworden: die weitere Verschlechterung der medizinischen Betreuung in diesem Land, in dieser ehemaligen DDR.

(Unverständliche Zurufe)

Ja, das ist möglich, und das werden Ihnen alle Ärzte, die hier in diesem Hause sitzen, bestätigen können. Was Anfang des Jahres gut begann, indem bundesdeutsche Ärzte und Krankenhäuser Solidarität mit den hiergebliebenen Ärzten, die für ihre Patienten aus Verantwortung dageblieben waren, übten, und eine Verbesserung eintrat, hat sich das inzwischen völlig gewandelt. Es werden Polikliniken geschlossen, auch wenn der Minister sagt, die bekommen es mit ihm zu tun, sie werden trotzdem geschlossen, weil ihnen keine Zukunftschance eingeräumt wird, ebenso Bezirksschwernstationen und die dazugehörigen Ärzte, die dort in Z-Tätigkeit gewirkt haben. Betriebspolikliniken wird die Finanzierung verweigert, und die vorwiegend präventiv Tätigen und im öffentlichen Gesundheitsdienst Tätigen sind akut bedroht durch den Finanzkollaps, den die Länder erleiden.

Die Rehabilitationseinrichtungen wissen nicht, was sie tun sollen. Die DDR - und ich behaupte das in vollem Ernst - wird hier von außen eingemauert, nur daß der Geldgeber auf der anderen Seite sitzt, dies alles, obwohl die Bürger höhere Beiträge zahlen und jetzt schon nach Auswegen gesucht wird, die uns das Fürchten lehren: Zahnersatzzahlungen, Rezeptgebühren und ähnliche Dinge mehr. Und da es keinen Finanzausgleich zwi-